

Niederschrift über die Sitzung des Kulturausschusses am 16.05.2018

Tagungsort: Nahariya-Raum (Kleiner Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:15 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Copertino

Herr Hoffmann

Frau Jansen

Herr Prof. Dr. Christian C. von der Heyden

Vorsitzender

SPD

Herr Bauer

Frau Biermann

Herr Klaus

Herr Götde

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Ackehurst

Herr Burnicki

Frau Osei

Frau Keppler

ab 16:50 Uhr (TOP 5)

bis 16:50 Uhr (TOP 5)

BfB

Frau Becker

FDP

Frau von Schubert

Die Linke

Frau Schmidt

Bürgernähe/Piraten

Herr Bobermin

Beratende Mitglieder

Herr Heine

Herr Huhn

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus, Dez. 2

Frau Fortmeier, Dez. 2

Frau Brand, 410

Frau Bielemeier, 460

Herr Strzyzewski, 470

Herr Dr. Stratmann, 480

Frau Dr. Wradzidlo, 490

Frau Grewe, 170

Frau Knoll, 410 (Schriftführerin)

Entschuldigt fehlen

Herr Kleinkes, Herr Hamann, Frau Gorsler

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Vorsitzende Herr Professor Dr. von der Heyden begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Kulturausschusses fest.

Frau von Schubert stellt gem. § 4 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Rates einen Dringlichkeitsantrag, um über die Sanierung und die dafür notwendige vorübergehende Schließung der Kunsthalle im Kulturausschuss zu beraten. Der Vorsitzende Herr Professor Dr. von der Heyden erkennt die Dringlichkeit nicht an und verweist auf die Zuständigkeit des Haupt- und Beteiligungsausschusses. Frau von Schubert verliest daraufhin eine persönliche Erklärung.

Frau Becker und Frau Schmidt schließen sich der Erklärung an. Herr Copertino weist den Vorwurf zurück, dass die kulturpolitischen Sprecher sich nicht äußern. Der Vorsitzende Herr Professor Dr. von der Heyden habe festgestellt, dass der Kulturausschuss nicht zuständig sei. Deshalb werde keine Erklärung abgegeben. Dieser Meinung schließen sich Frau Keppeler und Frau Biermann für ihre Fraktionen an.

Öffentliche Sitzung:**Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 28. Sitzung des Kulturausschusses am 11.04.2018****Beschluss:**

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 28. Sitzung des Kulturausschusses am 16.05.2018 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen**Zu Punkt 2.1 Mitteilung Abbau Skulptur "Gangway"**

Im Zuge der Generalsanierung der Volksbank sowie der Neugestaltung des Vorplatzes der Volksbank am Kesselbrink kann die Skulptur „Gangway“ als Leihgabe des Künstlerpaares Schälling / Enderle nicht mehr am bisherigen Platz verbleiben. Dem Vorschlag, die Skulptur an einen anderen öffentlichen Ort in der Stadt zu bringen und neu aufzustellen, stimmten die Künstler nicht zu, so dass in Absprache mit allen Beteiligten die Rückführung der Leihgabe „Gangway“ in den Steinbruch in Sprimont/Belgien (Arbeitsort der Bildhauer) unumgänglich wurde.

Die Skulptur wurde am 23. April 2018 vom Unternehmen Jandt im Beisein der beiden Künstler aufgenommen und auf zwei Schwerlasttransportern nach Belgien überführt.

Zu Punkt 2.2 Mitteilung über Veranstaltungen auf dem Kesselbrink

Frau Brand berichtet, dass die BGW und die Volksbank Bielefeld-Gütersloh eG jeweils 10.000 Euro für Veranstaltungen auf dem Kesselbrink zur Verfügung gestellt haben. Die Stadt Bielefeld beteiligt sich seit 2018 ebenfalls mit 20.000 Euro. Am 16.05.2018 findet eine Pressekonferenz statt, bei der die Veranstaltungen vorgestellt werden.

Zu Punkt 2.3 Mitteilung über eine neue Ausstellung in der "Kommunalen Galerie"

Frau Brand berichtet über die neue Ausstellung in der „Kommunalen Galerie“ im Kulturamt. Der Fotograf Frank Wellenbrink zeigt Schwarz-Weiß-Aufnahmen von Kiosken in Bielefeld und Umgebung. Die Ausstellung wird vom 16. Mai bis zum 14. September 2018 gezeigt.

Zu Punkt 2.4 Mitteilung über das neue Sommerprogramm des Kulturamts

Frau Brand weist auf das neue Sommerprogramm des Kulturamts hin.

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Anfrage der FDP-Gruppe: "Forderungen aus dem offenen Brief der freien Theater"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6694/2014-2020

Der Beigeordnete Herr Dr. Witthaus trägt die Antwort auf die folgende Anfrage vor:

Welche Maßnahmen ergreift das Dezernat im Hinblick auf die durch die freien Theater in ihrem offenen Brief am 18.04.2018 formulierten Forderungen und Vorschläge und bis wann werden diese dem Kulturausschuss zur Beratung vorgestellt?

„Unter dem heutigen Tagesordnungspunkt 5 „Zwischenbericht zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen 2017-2019“ berichtet die Verwaltung ausführlich über die bisher geführten Jahresgespräche mit den geförderten Kulturakteuren, zu denen auch die freien Theater zählen. Diese Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen wurden von den freien Theatern verbindlich unterzeichnet und haben eine Laufzeit bis Ende 2019. Sie werden bis dahin nicht verändert. In der Sitzung des Kulturausschusses am 13.03.2018 wurde unter dem TOP „Kulturförderbericht Bielefeld 2017“ u. a. ausführlich über die kontraktgesteuerte Förderung mit jährlichen Fachgesprächen berichtet. Die Inhalte der neuen Leistungsvereinbarungen für die Jahre 2020 bis 2022 werden unter Berück-

sichtigung der Inhalte der Jahresgespräche und der im Kulturentwicklungskonzept festgehaltenen kulturpolitischen Kriterien von einer neutralen Fachjury erarbeitet (s. Beschlussvorlage 6616/2014-2020).

Der Förderbetrag für die freien Theater inkl. der Puppenspiele beträgt seit 2017 jährlich 124.200 €. Eine Erhöhung dieses Förderbetrages ist aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht möglich, weil dieses eine Ausweitung der freiwilligen Leistungen wäre und von der Bezirksregierung nicht genehmigt würde, es sei denn, es würde in anderen Bereichen der freiwilligen Leistungen im Kulturdezernat eingespart. Dieses wäre sicherlich aus kulturpolitischen Gründen nicht begrüßenswert.

Deshalb werden dem Kulturausschuss seitens der Verwaltung keine Maßnahmen zu den in dem offenen Brief formulierten Forderungen und Vorschlägen zur Beratung vorgestellt.“

Die Zusatzfrage

„Inwieweit ist die Aussage der Initiative Freie Theater Bielefeld zutreffend, dass die Stadt Bielefeld im Hinblick auf die finanzielle Förderung freier Theater im Vergleich mit anderen ähnlich größeren Städten zurückliegt?

wird wie folgt beantwortet:

„Die Fördersysteme für freie Kulturakteure bzw. Freie Theater in den verschiedenen Städten sind sehr unterschiedlich. Konkrete Angaben über die Förderung freier Theater in anderen Städten liegen aktuell im Kulturamt nicht vor und sind auch weder über die Haushaltspläne der Städte noch über die Geschäftsberichte der Kulturbüros zu erschließen. Tatsächlich aber verfügen vergleichbare Städte wie Mannheim oder Münster über eine besser ausgestattete Förderung und einen insgesamt deutlich höheren Kulturetat, auch was die Kulturbüros/ämter, Museen etc. betrifft. Darüber hinaus sind die Fördersysteme und die Budgets nicht ohne erheblichen Aufwand vergleichbar, da je nach Haushaltssystem Mieten und Personalkosten oder sonstige Umlagen in den Zahlen enthalten sind oder auch nicht.

Einige Städte haben spezielle, nach Sparten getrennte Förderbudgets, es gibt ausgewiesene Konzeptions-, Produktions- und Abspielförderungen für freie Theater, institutionelle Förderungen und Projektförderungen wie in Bielefeld. Nur selten sind alle aufgezählten Förderarten gleichzeitig vorhanden, so z. B. in Münster, wo für die Förderung freier Theater 180.000 € und Auftrittsmöglichkeiten im Pumpenhaus zur Verfügung stehen. Förderkonzepte von weiteren Vergleichsstädten können in einer der kommenden Kulturausschusssitzungen vorgestellt werden. Das zukünftige Kulturmarketing wird in Bielefeld dazu beitragen können, dass die Aktivitäten der freien Theater besser im Blickfeld der Öffentlichkeit stehen.“

Frau von Schubert regt an, als Reaktion auf den offenen Brief das Gespräch mit den Akteuren zu suchen. Herr Beigeordneter Dr. Witthaus verweist auf die Gespräche, die im Rahmen der Sparten- und Fachgespräche stattfinden, außerdem gibt es ein vierteljährliches Treffen mit dem Kulturpact als Vertreter zahlreicher Akteure.

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe BN/Piraten: Vorlagen, die Kunst im öffentlichen Raum betreffen, werden dem Kulturausschuss zur Beratung vorgelegt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6659/2014-2020

Frau Biermann erläutert den Antrag:

Aktuell gebe es zwei Skulpturen, die „Gangway“ (s. TOP 2.1) und der Spindelbrunnen in der Bahnhofstraße, die abgebaut werden sollen, ohne dass der Kulturausschuss im Vorfeld informiert wurde. Für die Zukunft solle erreicht werden, dass entsprechende Vorlagen dem Kulturausschuss zur Beratung vorgelegt werden.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus ergänzt, dass die angekündigte Datenbank für Skulpturen im öffentlichen Raum eine gute Grundlage darstelle. Hier sei auch die Zuständigkeit erkennbar. In der Regel sind die jeweiligen Bezirksvertretungen zuständig, in deren Stadtbezirk eine Skulptur aufgestellt ist. Er betont, dass es darum gehe, dass der Kulturausschuss frühzeitig informiert werde.

Frau von Schubert unterstützt den Antrag und betont, dass bei Fragen, die ein Kunstwerk im öffentlichen Raum betreffen, das Kulturdezernat immer beteiligt werden müsse. Frau Becker ergänzt, dass viele Kunstwerke in einem schlechten Zustand seien. Bevor es zu einem Abbau komme, müsse die Verwaltung die Gelegenheit bekommen, Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Der Kulturausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Kulturausschuss beschließt, dass sämtliche Beschluss- und Informationsvorlagen, die Kunst im öffentlichen Raum betreffen, zukünftig dem Kulturausschuss zur Beratung vorgelegt werden.

Dies schließt die aktuelle Entscheidung zum Spindelbrunnen mit ein.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5 Zwischenbericht zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen 2017 - 2019

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6616/2014-2020

Frau Brand erläutert die Vorlage. Sie erklärt, dass mit fast allen Akteuren, mit denen eine Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung geschlossen wurde, das jährliche Fachgespräch geführt wurde. Diese Gespräche dienen dazu, eine Entwicklung aufzuzeigen und ermöglichen einen direkten Austausch.

Die dreijährige Laufzeit der Vereinbarungen gibt den Akteuren Planungssicherheit und ist darüber hinaus wichtig für das Anwerben von Drittmitteln. Auch öffentliche Fördermittelgeber machen ihre Zusage oft von einer kommunalen Beteiligung abhängig. Frau Brand berichtet, dass sich einige freie Theater und der Carnival der Kulturen besorgt zeigen wegen sich abzeichnender Einschnitte durch die ggf. wegfallenden Mittel der Sparkassenstiftung. Die neuen Vereinbarungen ab 2020 werden von einer Fachjury vorbereitet und den politischen Gremien zum Beschluss vorgelegt.

Frau Schmidt erklärt, dass sie erfahren habe, dass der Etat der Sparkassenstiftung für Kulturförderung unverändert beibehalten werde. Sie begrüßt grundsätzlich die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen, findet aber die Verteilung der Beträge an die einzelnen Akteure problematisch. Auf ihre Frage nach der zukünftigen Jury erklärt Frau Brand die Zusammensetzung der letzten Jury und weist daraufhin, dass auch zukünftig Fachleute beteiligt sein werden. Es wird darauf geachtet, dass die Jurymitglieder selber keine Förderleistungen beziehen und dass alle Sparten abgedeckt sind.

Auch Frau Becker begrüßt grundsätzlich die Abschlüsse der Vereinbarungen und die Möglichkeit für die Akteure, Projekt- und Investitionsmittel zu beantragen. Ihrer Meinung nach sind die insgesamt zur Verfügung stehenden Summen viel zu gering, so dass sie sich dafür ausspricht, bei den nächsten Haushaltsberatungen höhere Summen zu beantragen.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus weist darauf hin, dass sich die Stadt noch in der Haushaltssicherung befindet. Alle Überlegungen können nur den Zeitraum ab 2020 betreffen, da die Verträge bis Ende 2019 laufen. Dann müsse man die Haushaltssituation bewerten.

Frau von Schubert bittet, möglichst schnell die Namen der neuen Jury zu erfahren und weist auf das Problem hin, dass keine Mittel für neue Akteure vorhanden seien. Für eine lebendige Szene sei dies wichtig. Herr Beigeordneter Dr. Witthaus bestätigt, dass der Kreis der Akteure, die eine Förderung bekommen, sehr konstant sei und dass dieses auch mit der Jury besprochen werde. Auf die entsprechende Frage von Frau von Schubert erklärt er, dass die Förderkriterien nicht gewichtet, sondern gleichwertig seien. Er betont, dass nur die vereinbarten Leistungen finanziert werden. Es handle sich nicht um eine Fehlbetragsfinanzierung. Frau Biermann betont noch einmal, dass mit der Einrichtung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung eine wichtige Stufe erreicht wurde, für die bestehenden Akteure Planungssicherheit zu erreichen. Herr Ackehurst ergänzt, dass diese Sicherheit für beide Vertragspartner gelte.

Zu Punkt 6 Geschäftsberichte der städtischen Kulturinstitute 2017, Teil 2

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6446/2014-2020

Zu Punkt 6.1 Geschäftsbericht 2017 Kulturamt - Amt 410

Der Geschäftsbericht des Kulturamts wird in der nächsten Sitzung des Kulturausschusses vorgestellt.

Zu Punkt 6.2 Geschäftsbericht 2017 Volkshochschule - Amt 460

Frau Bielemeier stellt den Geschäftsbericht vor. Auch 2017 musste die VHS noch hohe Anforderungen bewältigen, die sich durch die große Zuwanderung entwickelt haben. Das Angebot ist um mehr als 2.000 Unterrichtseinheiten ausgeweitet worden. Dabei machten Deutschkurse einen großen Anteil aus. Deutsch- und andere Sprachkurse stellen insgesamt den stärksten Bereich dar.

Im Bereich der politischen Bildung ist es der VHS ein Anliegen, mit vielfältigen Aktivitäten die Integration der Geflüchteten zu unterstützen. Die VHS informiere politisch neutral und schaffe den Menschen eine Bühne, um miteinander ins Gespräch zu kommen.

Im Bereich Marketing geht die VHS neue Wege und setzt vermehrt Radiowerbung ein. Ganz neu ist außerdem eine Straßenbahn mit VHS-Werbung.

Mit dem vorhandenen Personal und Etat seien die Möglichkeiten der VHS ausgeschöpft. Die erreichten Zahlen seien sehr zufriedenstellend.

Herr Ackehurst erkundigt sich nach der Aufschlüsselung der Teilnehmer für die einzelnen Fachbereiche nach Alter und Geschlecht, um dies mit den vorangegangenen Jahren zu vergleichen. Frau Bielemeier sagt zu, diese Auflistung für das Protokoll zur Verfügung zu stellen (s. Anlage).

Herr Vorsitzender Prof. Dr. von der Heyden erkundigt sich, warum die Anzahl der Teilnehmer mit Ermäßigungen zurückgegangen sei. Frau Bielemeier erklärt, dass dies natürliche Schwankungen seien.

Frau Schmidt merkt an, dass die Anzahl der Alphabetisierungskurse gesunken ist. Frau Bielemeier erklärt, dass dies 2017 mit Kursleiterwechseln zusammenhänge, dass aber generell trotz des vorhandenen Bedarfs keine Steigerungen möglich seien, da die Finanzierung fehle.

Der Kulturausschuss bedankt sich bei Frau Bielemeier für den interessanten Bericht und nimmt ihn zur Kenntnis.

Zu Punkt 6.3 Geschäftsbericht 2017 Musik- und Kunstschule - Amt 470

Herr Strzyzewski stellt den Geschäftsbericht der Musik- und Kunstschule vor und erwähnt dabei die Sanierung des historischen Gebäudes, durch den der Umzug von Unterrichtsklassen für mindestens ein Jahr notwendig wurde. Er stellt zwei wichtige Ereignisse vor:

Der Bereich Musical/ PopOper habe sich etabliert. „Tilda“ wurde 2017 als dritte Produktion in diesem Bereich aufgeführt und sorgte mit 6.000 Zuschauern in fünf ausverkauften Vorstellungen überregional für Aufsehen. Für 2020 hat Herr Strzyzewski als vierte Produktion eine PopOper zum Thema Beethoven komponiert, für die es gelungen ist, im 2020 stattfindenden Beethoven-Jahr gegen große Konkurrenz Mittel zu erwerben. Dadurch ist das Projekt bereits heute finanziert.

Im GOTA-Projekt bekommen Schüler für ihre Mitwirkung in einem Ensemble der Musik- und Kunstschule eine Zensur in ihrem Schulzeugnis. Dies ist nach langen Verhandlungen in Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Gymnasium und der Bezirksregierung Detmold gelungen. Dadurch steht die Projektarbeit nicht mehr in Konkurrenz zum übrigen Unterricht. Das Ergebnis dieses Projekts ist eine 30-minütige Performance, die im Mai 2018 im Rahmen des europäischen Musikfestivals in Leeuwarden und im Juli 2018 in der Rudolf-Oetker-Halle aufgeführt wird.

Frau Becker bedankt sich bei Herrn Strzyzewski für die geleistete Arbeit in den vergangenen 10 Jahren. Durch sein gutes Konzept und die Einrichtung neuer Sparten hat sich die Musik- und Kunstschule zur größten Schule deutschlandweit entwickelt und stellt ein kulturelles Highlight für die Stadt dar.

Frau von Schubert erkundigt sich, wie es gelungen ist, dass die Nachwuchs-Anmeldungen entgegen dem allgemeinen Trend nicht sinken, sondern gleichbleibend hoch sind. Herr Strzyzewski berichtet von einer Kette von Maßnahmen (Projekte, Förderstufe, gemeinsame Fahrten).

Weiter erläutert Herr Strzyzewski auf die Nachfrage von Frau Schmidt, dass der geringfügige Rückgang von Schülerinnen und Schülern mit Sozialermäßigung mit natürlichen Schwankungen zu erklären sei. Zudem erhalten Schulkinder durch das Projekt JEKITS (Jedem Kind ein Instrument) die Möglichkeit, kostenlos ein Instrument zu lernen. Dieses Projekt werde vom Land finanziert.

Frau Schmidt erkundigt sich nach dem Verhältnis festangestellter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Honorarkräften. Herr Strzyzewski erklärt, dass jede Gruppe ungefähr zu gleichen Teilen vertreten sei. Auf die Frage von Frau Biermann nach dem Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund verweist Herr Strzyzewski auf den Datenschutz. Erfasst werden könne der Anteil nicht, er sei aber besonders aus dem asiatischen Raum sehr hoch.

Der Kulturausschuss bedankt sich bei Herrn Strzyzewski für den interessanten Bericht und nimmt ihn zur Kenntnis.

Zu Punkt 6.4 Geschäftsbericht 2017 Historisches Museum - Amt 480

Herr Dr. Stratmann stellt den Geschäftsbericht für das Historische Museum vor. Im Jahr 2017 konnten zwar nicht die hohen Besucherzahlen des Vorjahrs erreicht werden, dennoch wurden wichtige Grundlagen für eine weitere erfolgreiche Arbeit des Hauses gelegt. So konnte die Abteilung 19. Jahrhundert im Rahmen der Erneuerung der Dauerausstellung fertiggestellt werden. Die Abteilung wird vom Fachpublikum und von den Besuchern sehr gut angenommen.

Drei der vier Sonderausstellungen wurden fachlich sehr gelobt, fanden aber nicht das Interesse der breiten Öffentlichkeit. Für die sehr erfolgreiche Ausstellung „Bielefeld macht Schule“ wurden im Begleitprogramm neue Formate wie Improtheater-Aufführungen und ein Poetry-Slam-Workshop von umliegenden Schulen mit entwickelt.

Die Anzahl der museumspädagogischen Veranstaltungen ist konstant hoch geblieben. Durch die Kooperation mit der Musik- und Kunstschule besuchen täglich 2 – 3 Grundschulklassen das Museum, wobei jeweils ein bestimmtes Thema der Kunstgeschichte erarbeitet wird. Besonders hervorzuheben ist der Buchungsanstieg im Bereich der Kindergeburtstage und der Junggesellinnenabschiede.

Herr Dr. Stratmann gibt einen Ausblick in die Zukunft und berichtet, dass sich das Historische Museum gemeinsam mit dem Freilicht-Museum in Detmold und dem Heinz-Nixdorf-Forum in Paderborn mit dem Projekt „Schaufenster OWL“ für die REGIONALE im Jahr 2020 bewirbt. Zur Vorbereitung wird 2018 die Sonderausstellung „Typisch OWL“ gezeigt, die die Region von A – Z betrachtet. Für diese Ausstellung konnten von der „Regionalen Kulturpolitik“ 35.000 Euro an Fördermitteln eingeworben werden, die nicht nur in die Ausstellung, sondern auch in innovative Marketingmaßnahmen fließen sollen.

Im ersten Halbjahr 2018 wird das Foyer des Museums mit Hilfe von Spenden umgebaut, dabei ist auch die Einrichtung eines kleinen Cafés geplant.

Die Öffnungszeiten sollen verändert werden, so dass das Museum abends länger geöffnet hat.

Herr Huhn erkundigt sich nach der Planung, nach der die Aufsichtskräfte nur noch die halbe Zeit arbeiten sollen. Herr Dr. Stratmann erläutert, dass es sich bei den Aufsichtskräften um Menschen mit Behinderung handelt, für die eine hohe Ausfallquote zu verzeichnen ist. Aus diesem Grund werden Gespräche mit der Behindertenbeauftragten Frau Hammes geführt, um über Veränderungen nachzudenken. Diese Überlegungen stehen allerdings erst am Anfang.

Der Kulturausschuss bedankt sich bei Herrn Dr. Stratmann für den interessanten Bericht und nimmt ihn zur Kenntnis.

Zu Punkt 7**Bericht zur Umsetzung des Konzeptes "Diversität, Partizipation und Integration"**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6531/2014-2020

Frau Grewe stellt die Vorlage vor. Sie erklärt dabei die Bereitschaft, den Bericht auch in anderen Ausschüssen wie Senioren- und Behindertenbeirat vorzustellen.

Im Umsetzungsbericht sind die Angebote und Maßnahmen der städtischen Ämter und Einrichtungen und kommunal geförderte Maßnahmen anderer Träger abgebildet. Im Fokus der Integrationspolitik standen zunächst die vordringlichen Aufgaben der Unterbringung, Versorgung, Beratung und Betreuung.

Frau Biermann erkundigt sich nach der Ausbildung der Sprach- und Kultur-Mittler. Wie geht die Verwaltung vor, um das vielfältige Kulturangebot näher zu bringen? Frau Grewe erläutert, dass es bisher um reine Übersetzungsleistungen gehe, um Abläufe in Deutschland zu erklären. Die Ziele seien derzeit zu beraten und zu betreuen. Das Erklären der deutschen Kultur bzw. der Zugang zum entsprechenden Angebot sei perspektivisch angedacht.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus weist auf die Systematik des Integrationskonzeptes hin. Die dort genannten Maßnahmen werden in diesem Bericht aufgelistet.

Der Kulturausschuss bedankt sich bei Frau Grewe für den interessanten Bericht und nimmt ihn zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8**Konzept zur Verbesserung der kulturellen Teilhabe in städtischen Museen**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6617/2014-2020

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus erläutert die Vorlage.

Auf die Nachfrage von Frau Becker, welches Budget den Schulen für Museumsbesuche zur Verfügung steht, erklärt Herr Beigeordneter Dr. Witthaus, dass die Schulen generell über Mittel verfügen und eigene Schwerpunkte setzen können, wie diese Mittel eingesetzt werden. Es bestehe ein großer Unterschied zwischen den einzelnen Schulen bzw. der Unterstützung durch den jeweiligen Förderverein. Speziell die Bückardtschule als Nachbarschule des Historischen Museums werde von zahlreichen Kindern aus bildungsfernen Schichten und/ oder mit Migrationshintergrund besucht. Herr Dr. Stratmann ergänzt, dass die Zusammenarbeit mit der Bückardtschule nicht an den geringen Eintrittsgeldern gescheitert ist. Diese belaufen sich auf 0,50 Euro für Kinder im Klassenverbund. Für die Schule waren die umfangreichen Projektkosten nicht zu

bewältigen.

Frau von Schubert regt an, die Umsetzung des Konzeptes stufenweise einzuführen. In einem ersten Schritt könnte ein freier Eintritt für Kinder und Jugendliche eingeführt werden. Herr Beigeordneter Dr. Witthaus entgegnet, dass freier Eintritt ohne pädagogische Begleitung nicht nachhaltig wirkt.

Frau Schmidt unterstützt diesen Gedanken, da besonders Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern im Museum eine pädagogische Betreuung benötigen.

Frau Dr. Wradzidlo erklärt, dass beim Naturkunde-Museum nur die Grundschulen aufgelistet sind. Über 5.000 Schüler besuchen das Museum. Um diese hohe Zahl zu bewältigen, wäre eine zusätzliche Öffnung montags und dienstags notwendig, um eine gute Betreuung zu gewährleisten. Das Naturkunde-Museum wirbt jährlich 40.000 – 50.000 Euro Spendengelder ein, um Schulen kostenfreien Eintritt inklusiv Betreuung zu ermöglichen. Dabei werden den Kindern zahlreiche Aktivitäten angeboten bzw. mit ihnen zusammen durchgeführt, die besonders dazu dienen, zugewanderte Kinder zu integrieren.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus erklärt, dass diese Aufgabe der kulturellen Bildung kommunal finanziert werden müsse. Diese notwendige Grundversorgung könne nicht durch Sponsoren sichergestellt werden. Es sei eine grundsätzliche Entscheidung, ob die Nachfrager oder Anbieter finanziert werden. In diesem Fall müssten die Anbieter, also die Museen unterstützt werden, um darüber die Zielgruppe zu erreichen.

Der Kulturausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-